Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Sonntags-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.—; für Abholer monatl. M. 6.50, Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 5.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert, Gesamt-Ausgabe monatlich M. 9.—, vierteljährlich M. 27.—. Auslandsversand: monatlich M. 18.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 50 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

115. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. ausw. M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreise für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro Mille, Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14681, 14682, 14683, 14684. — Postscheckkonto 7380. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 13 — Sonntag, den 9. Januar — 1921

Verständigung mit Beamten und Eisenbahnern

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 8. Januar.

Die Besprechungen im Reichsfinanzministerium zwischen Reichsverkehrsministerium und Reichspostministerium auf der einen und den Vertretern des Deutschen Beamtenbundes und der Eisenbahner-Großorganisationen auf der anderen Seite haben zu einer Verständigung auf der Grundlage der im Reichsverkehrsministerium mit den Eisenbahnerorganisationen getroffenen Vereinbarungen geführt, bis auf einen Punkt, in dem der Deutsche Beamtenbund glaubte, seine Bedenken nicht zurückstellen zu können. Es sind nunmehr die Grundlagen geschaffen für die Entscheidungen des Reichsfinanzministers und des Reichskabinetts, nachdem zuvor Verhandlungen mit den Länderregierungen stattgefunden haben werden.

Die Krisis im Eisenbahnerverband beigelegt

Berlin, 8. Januar.

Die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes tritt heute in Berlin zusammen, um nach den gestrigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium sich darüber schlüssig zu werden, auf welcher Basis weitere Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über die nicht erfüllten Forderungen zu führen sind. Allem Anschein nach wird man auch innerhalb des Deutschen Beamtenbundes zu einem Kompromiß mit denjenigen Organisationen kommen, die in erster Linie die Interessen der unteren Beamten zu vertreten haben und die schon in der gestrigen Tagung eine gewisse Oppositionsstellung einnahmen. Wie wir hören, wird vom Deutschen Beamtenbund vor der Entscheidung des Parlaments nichts unternommen werden, was die bisher erfolgte Einigung stören könnte, doch verschließt man sich der Erkenntnis nicht, daß eine Ablehnung oder eine Verringerung der Zugeständnisse durch das Parlament eine neue recht schwierige Situation hervorrufen könnte. Zunächst werden sich die Regierungen der Länder Anfang nächster Woche darüber klar werden, ob die Bewilligung der erhöhten Teuerungszulage überhaupt möglich ist. Auch in den Kreisen der Eisenbahner scheint nach anfänglich erregten Widersprüchen der Unterorganisationen im Reich jetzt eine ruhigere Auffassung der Lage Platz gegriffen zu haben. Selbst die Krisis im deutschen Eisenbahnerverband ist, im Augenblick wenigstens, beigelegt, da die Ortsverwaltung Berlin, dem Beschluß der Reichsverbandsleitung folgend, die für den kommenden Sonntag geplante Demonstration im Lustgarten abgesagt hat. Damit ist auch die starke kommunistische Propaganda für den Streik der Eisenbahner in Berlin stark beeinträchtigt worden. Lediglich die auf dem Boden der V. K. P. D. stehenden Eisenbahnarbeiter halten am Sonntag eine Kundgebung ab.

Die Frage der Deckung der Mehrausgaben

Wie die „B. Z." hört, wird sich das Reichskabinett am Montag mit der Frage beschäftigen, in welcher Weise die durch die Bewilligung der Besoldungserhöhung für die Beamten verursachten Mehrausgaben in Höhe von etwa 6—7 Milliarden Mark gedeckt werden sollen. Ein Beschluß des Kabinetts ist jedoch an diesem Tage noch nicht zu erwarten. Da das Sperrgesetz den Einzelstaaten verbietet, ihre Besoldungssätze über die Sätze der Reichsbeamten hinaus zu erhöhen, so wird es als recht und billig erachtet, die Finanzminister der Einzelstaaten zu hören, bevor das Reichskabinett seine Beschlüsse faßt, die eine Erhöhung der Gehälter der Reichsbeamten herbeiführen und den Reichsetat von neuem so erheblich belasten. Zum Zwecke dieser Aussprache hat der Reichsfinanzminister Dr. Wirth die einzelstaatlichen Finanzminister nach Berlin eingeladen. Diese Konferenz wird im Laufe der kommenden Woche stattfinden. Danach erst wird das Reichskabinett seine endgültigen Beschlüsse fassen.

Eine scharfe Erklärung der sächsischen Eisenbahner

△ Dresden, 8. Januar.

Die sächsischen Eisenbahner veröffentlichen zu den Vereinbarungen in Berlin eine sehr scharfe Erklärung, worin sie zum Ausdruck bringen, daß die Neuregelung auf keinen Fall befriedigen könne. Die unsoziale Abstufung der Teuerungszuschläge nach Ortsklassen könne die Unterschiede nur noch vergrößern. Die Eisenbahner sind auf keinen Fall mit dieser Regelung einverstanden. Die hierdurch geschaffenen Zustände sind durchaus ungenügend. Der Sechzehner-Ausschuß habe der Vereinbarung nur unter Vorbehalt zugestimmt. Die stark ablehnende Haltung der Reichsregierung habe die Situation nur noch verschärft. Die sächsischen Eisenbahner haben in einer gestrigen Nachtsitzung zu diesen Beschlüssen Stellung genommen und sich scharf ablehnend ausgesprochen. Die endgültige Entscheidung wird in einer Sitzung in Berlin fallen, zu der alle Vorstände telegraphisch berufen sind. Aus dem Lande sollen stürmische Protestkundgebungen gegen die Abmachungen eingelaufen sein.

Neue Ortsklassen-Einteilung in Sachsen

Dresden, 8. Januar.

Am Freitag fand in Dresden im Ministerium unter dem Vorsitz des Geheimrats Dr. Schmidt mit Vertretern des Deutschen Beamtenbundes und der Eisenbahnerorganisationen eine Verhandlung über die neue sächsische Ortsklassen-Einteilung statt. Die sächsische Regierung sagte zu, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß außer den großen Städten Dresden, Leipzig und Chemnitz mit ihren Vororten auch die Orte Plauen, Zwickau, Annaberg-Buchholz, Hohenstein-Ernstthal und gegebenenfalls auch Mittweida in die Ortsklasse A eingereiht werden sollen. Im übrigen wurden eine große Anzahl von Orten in höhere Ortsklassen als bisher eingestuft. Von einzelnen Organisationen wurde besonderer Wert darauf gelegt, daß eine niedrigere Einstufung der sächsischen Orte als in die Ortsklassen A, B und C überhaupt unterbleibe. Mit einer vorläufigen Verabschiedung der jetzigen Ortsklasseneinteilung erklärten sich die Organisationen nur unter der Bedingung einverstanden, daß die Zahl der gegenwärtig noch in Ortsklasse D befindlichen etwa 500 Orte bedeutend herabgesetzt werde, und daß dafür nur noch die Orte im Norden und Nordosten des Landes mit vorwiegend landwirtschaftlichen Betrieben in Frage kommen sollen.

Politische Wochenschau

Von Reichsminister a. D. Schiffer.

Deutschland ist in das neue Jahr unter wenig erfreulichen Begleitumständen eingetreten. Die Sorgen und Kümmernisse, die Gefahren und Mühseligkeiten, die die letzten Jahre so unsäglich schwer machten, haben sich nicht vermindert, sondern eher noch vermehrt. Wenn der französische Ministerpräsident zum Jahresschlusse pathetisch ausrief, daß das „Werk der Entspannung" nunmehr begonnen habe, so wirkt das auf uns beinahe wie Hohn. Denn der günstige Eindruck, den der Verlauf der Brüsseler Verhandlungen bei leichtgläubigen Gemütern und unverbesserlichen Optimisten hervorgerufen hatte, ist gar rasch wieder verflogen. Wenn er freilich hie und da einer fassungslosen Niedergeschlagenheit Platz gemacht hat, so ist das ebenso unrichtig, wie es die Hingabe an eine überschwengliche Hoffnungslosigkeit gewesen war. Für uns muß der Wahrspruch gelten: nec flere, nec ridere, sed intellegere (nicht weinen, nicht lachen, sondern verstehen). Wir sollen uns nicht unbestimmten Gefühlsregungen und Wallungen überlassen, sondern die Augen offen halten und die Dinge sehen, wie sie sind. Darin dürfen uns freundliche Worte und Gesten nicht irremachen. Solche Worte und Gesten brauchen dabei keineswegs immer bloße Komödie zu sein. Sie mögen oft durchaus ernst und ehrlich gemeint sein, und besonders soll Herrn Seydoux und seinen Leuten die Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit nicht abgesprochen werden. Es zeigt sich nur immer wieder die Erscheinung, daß Angehörige der Entente bei näherer persönlicher Berührung mit Deutschen, sei es als diplomatische Vertreter ihres Landes oder als Teilnehmer an Konferenzen und Besprechungen, verhältnismäßig leicht und rasch Einblick in unsere Verhältnisse und dadurch Verständnis für unsere Lage und unsere Leiden, unsere Auffassungen und unsere Ansprüche gewinnen, daß aber, je mehr dieses Verständnis wächst, desto geringer der Einfluß wird, den sie bei ihren heimischen Regierungen auszuüben in der Lage sind.

Auf die Verhandlungen Brüssels folgten die Verhandlungen in der französischen Kammer. Sie waren vielleicht weniger durch die wüsten Reden des Herrn Lescore gekennzeichnet, eines herzlich unbedeutenden Mannes, der offensichtlich nur von anderen als Sturmbock in den Vordergrund geschoben war, als vielmehr durch den Zwischenruf des Herrn Tardieu und die Antwort des Herrn Leygues auf diesen Zwischenruf. Wenn der dreiste Versuch, durch eine unerhörte Sophistik auch noch die Fristbestimmung für die Besetzung deutschen Gebietes aus dem Versailler Friedensvertrage hinauszuschamotieren, bei Herrn Leygues keine Zurückweisung, nach anderen Berichten sogar eine verbindlich gehaltene Zustimmung fand, so will das vielleicht nicht gerade besagen, daß er wirklich auch innerlich mit dieser Nabulistik einverstanden gewesen ist. Immerhin beweist es so viel, daß die französische Regierung zum mindesten aus taktischen Gründen nicht geneigt oder nicht imstande ist, den extremsten nationalistischen Bestrebungen entgegenzutreten und, im Gegensatz zu ihnen, eine Politik der Verständigung und Beruhigung zu treiben. Das Häuflein derer, die eine solche Politik für richtig halten und den Mut besitzen, sich zu ihr zu bekennen, ist offenbar noch sehr klein und auf die Entwicklung der Dinge ohne entscheidenden Einfluß. Die wahrhaft maßgebenden Kreise teilen sich in zwei Gruppen, die sich im wesentlichen nur dadurch voneinander unterscheiden, daß die einen die Zertrümmerung Deutschlands unmittelbar wollen und mit allen Mitteln anstreben, während die anderen zwar zunächst andere Ziele verfolgen, aber auch vor der Vernichtung Deutschlands nicht zurückschrecken und sie in Kauf nehmen, wenn die Erreichung ihrer Ziele ohne diesen Akt der Zerstörung nicht möglich ist. Juristisch gesprochen haben die einen den dolus directus, die anderen den dolus eventualis.

Dieses für uns sehr triste Bild wurde schon durch die französischen Kammerverhandlungen mit aller Deutlichkeit gegeben. Durch die anschließenden Ereignisse und Aktionen wurde es aber noch erheblich verstärkt. Die deutsche Regierung bittet Frankreich um Rechtshilfe bei der Verfolgung der sogenannten Kriegsverbrechen und liefert damit den Beweis ihrer loyalen Anstrengungen, der Gerechtigkeit auch auf diesem Gebiete so schnell und so gründlich als möglich Geltung zu verschaffen. Die französische Regierung aber durchkreuzt diese löbliche Absicht, die sie doch eigentlich mit freudiger Anerkennung begrüßen müßte, lehnt das Ersuchen ab, lähmt damit den Fortgang des Verfahrens, über dessen Langsamkeit und angebliche Verschleppung früher so oft geklagt worden war, und benützt die Gelegenheit, das deutsche Ehrgefühl wieder einmal empfindlich zu kränken, indem sie ihren Anspruch, nach dem Wortlaut des Friedensvertrages die Auslieferung und Aburteilung der Kriegsverbrecher fordern zu können, wieder hervorholt und ausdrücklich aufrecht erhält.

Klara Zetkin erscheint ohne Paß und Einreiseerlaubnis auf dem Kongreß der französischen Sozialisten, um dort eine Rede zu halten und ebenso schnell und geheimnisvoll zu verschwinden, wie sie gekommen. Schon benutzt Frankreich dieses komedenhafte Auftreten der deutschen Kommunistin zu einem Wutgeschrei über deutsche Hinterhältigkeit und zu dem absurden Vorwurf, daß Deutschland und insbesondere die deutsche Regierung geflissentlich die bazillenfreie französische Luft mit bolschewistischen Bakterien zu schwächen versuchen.

Dann aber Schlag auf Schlag: die Behandlung der Einwohnerwehr- und Entwaffnungsfrage, das Sündenregister über vorgebliche Nichterfüllung der Verpflichtungen von Spa, die Note über die Sipo, die zeitliche Trennung der Abstimmung über Oberschlesien. Man beachte wohl den Zusammenhang, in dem diese letzteren Maßnahmen sämtlich untereinanderstehen. Sie zielen durchweg darauf ab, Deutschland schwach zu halten und Polen stark zu machen; und zwar soll Deutschland schwach bleiben, damit Polen stark ist und Polen stark gemacht werden, damit Deutschland schwach bleibt. Deutschlands Schwäche soll eben gerade Polens Stärke sein.

Hierin liegt ein Angelpunkt der französischen Politik, die in dieser Hinsicht auch bei den anderen Mächten der Entente mit

Berliner Skandal

Die Berliner Gemeindevertretung und -verwaltung hat in letzter Zeit immer wieder unerfreuliches Aufsehen erregt und den leider ohnehin schlechten Ruf, den die Reichshauptstadt im Lande genießt, nicht verbessert. Seit den vorjährigen Kommunalwahlen haben Unabhängige und Kommunisten die Herrschaft in der Hand, und sie brauchen sie so, daß man die Zusammensetzung der Selbstverwaltungskörper schon von weitem spürt. Ziemlich alle Magistratsstellen sind sozialistisch besetzt, und seit Wochen sucht man nach einem Oberbürgermeister und einem Stadtschulrat. Denn der bisherige Oberbürgermeister Wermuth hatte sich allzusehr mit dem Geist dieses neuen Regimes erfüllt, als daß die Bürgerlichen ihm bei der Neuwahl ihre Stimme geben konnten; und die Kandidatur des Unabhängigen Dr. Löwenstein für den Posten des städtischen Oberschulrates ist auf derartigen Widerstand der bürgerlichen Kreise gestoßen, daß man wohl oder übel darauf verzichten mußte, ihn durchzusetzen. Wer da weiß, welches Unheil einst die kurze Gastrolle, die Adolf Hoffmann im preußischen Kultusministerium gegeben hat, draußen in den Provinzen, namentlich in katholischen Gegenden, und nicht am wenigsten im Rheinland und in Oberschlesien, angerichtet hat, und wie traurig dadurch das Verhältnis großer Gebiete zum Reiche gestört worden ist, weil eine solche Groteske in der Reichshauptstadt möglich geworden war, der kann jetzt ermessen, wie sehr bereits der wochenlange Streit um Löwenstein in eben jenen Gegenden zuungunsten Berlins und damit mittelbar auch des Reiches gewirkt hat. Die polnische Propaganda in Oberschlesien hat sich Herrn Löwenstein nicht entgehen lassen und unter den Katholiken Oberschlesiens leider gute Geschäfte damit machen können. Vor kurzem hat die Gemeinde Groß-Berlin auch durch ihre neue Art von Steuerpolitik viel von sich reden gemacht. Die Entwürfe einer Wohnungsluxus-, einer Dienstboten- und einer Kommunal-Einkommensteuer zeigten, daß sich die neue Verwaltung von vornherein in Kampfstellung gegen große Schichten der Gemeindemitglieder fühlt.

Dabei steht sie in besonderem Grade unter dem Einfluß der Straße. Schon der Elektrizitätsstreik, der gerade zum Amtsantritt des neuen Magistrats einsetzte, hat dargetan, wie passiv sich die neue Körperschaft in dieser Riesengefahr eines Viermillionen-Gemeinwesens verhielt. Nur durch ihre Nachlässigkeit konnte der Streik so lange dauern, bis das Reich und der Reichspräsident selber gezwungen waren, einzugreifen. Um die Elektrizitätsarbeiter handelte es sich nun auch in der Stadtverordnetensitzung vom 6. Januar, in der sich unerhörte Auftritte abspielten. Die Kommunisten hatten beantragt, das Verfahren auf Dienstentlassung, das gegen die sabotageverdächtigen Arbeiter eingeleitet worden ist, solle eingestellt werden. Dabei kam es zu einem ähnlichen Tumult, wie in der vorigen Sitzung acht Tage früher, bei dem ebenfalls kommunistischen Antrag auf Fortführung der Arbeiten an der Nord-Südbahn und Bekämpfung der Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit. Beide Male mischten sich die Tribünenbesucher so nachdrücklich in die Verhandlungen ein, daß die Sitzung abgebrochen werden mußte. Schon neulich hieß es, daß Stinkbomben von oben in den Saal geworfen worden seien. Am letzten Donnerstag ist das nun zweifelsfrei geschehen, und zwar so wirksam, daß die Stadtverordneten aus dem Saale flüchten mußten. Als nämlich der kommunistische Antrag abgelehnt wurde, wollte der unabhängige Vorsteher, der vorher die kommunistischen Redner in einer geschäftsordnungsmäßig höchst unzulässigen Weise begünstigt hatte, die Tribünen räumen lassen, erntete aber nur Hohn und das freundliche Versprechen von oben, daß man hinunterkommen und ihm die Zähne einhauen werde. Aehnlich erging es einem radikalen Stadtrat bei seinem Versuch, der Menge auf der Tribüne gut zuzureden, worauf andere kommunistische Stadtverordnete die Tribünenbesucher nur um Ruhe baten, aber sie aufforderten, zu bleiben. Auch die kommunistische Fraktion beschloß nach längeren Beratungen, bei der Räumung der Tribünen mitzuwirken. Diese Beihilfe von Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern zur Terrorisierung des eigenen Kollegiums bedeutet Verzicht auf den Anspruch, die Massen zu führen. Aber vielen dieser Herrschaften kommt es ja anscheinend nur auf Sabotierung jeder Arbeit an, und wenn die Massen ihnen helfen, was brauchen sie da noch Führung! Den anderen Fraktionen blieb nichts anderes übrig, als den Saal den „Gästen" zu überlassen, die sich inzwischen unter Beteiligung der zurückbleibenden kommunistischen Stadtverordneten mit dem Absingen der Internationale unterhielten, während die „ordnungsmäßige" Sitzung in einem anderen Saale des Rathauses fortgesetzt wurde.

Die „Straße" hat also einen Sieg erfochten, der sie zu weiteren Heldentaten ermutigen wird. An einem weithin „leuchtenden" Beispiele hat sie ihre Macht gezeigt, in der Gemeindevertretung der Reichshauptstadt, in der die Radikalen die Oberhand haben — oder vielmehr nicht haben. Denn nicht sie üben den Terror aus, sondern sie unterliegen ihm ebenso wie die anderen, nur, daß sie gute Miene dazu machen, um so zu tun, als hätten noch sie die Fäden in der Hand. Inzwischen ist ihnen etwas bange geworden vor den Geistern, die sie gerufen haben, und sie erwägen mit den anderen Fraktionen Sicherheitsmaßnahmen für die Stadtverordnetensitzungen, wie Einführung einer Zulassungskarte für den Tribünenbesuch und dergleichen. Das wird wenig helfen, wenn man nicht die Zahl der Zugelassenen sehr herabsetzen, also sozusagen aus Angst vor den eigenen Wählern unter Ausschluß der Oeffentlichkeit tagen will. Wer aber hat letzten Endes den Nutzen von diesen Kapriolen des Radikalismus, der sich selbst überschlägt? Die Reaktion! Ihr kommt es sehr gelegen, daß die Ultras von der anderen Seite sich unmöglich machen und die Wähler nach dem rechten Flügel der Parteiaufstellung hinüberreiben. E. E.

*

Der Bezirksvorstand Berlin der U. S. P. D. ersucht in einer Erklärung seine Mitglieder und die mit der U. S. P. sympathisierende Bevölkerung Berlins der am Sonntag im Lustgarten von den Kommunisten angekündigten Demonstration fernzubleiben und begründet diese Aufforderung folgendermaßen: Die Kommunisten durchkreuzen mit ihrer Demonstration die gewerkschaftliche Kundgebung der Eisenbahner und nehmen ihr die Möglichkeit eines ungestörten Verlaufs. Sie zwingen somit die Eisenbahner, zur Vermeidung unliebsamer Zwischenfälle der Demonstration fernzubleiben.